

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1932

197 (28.4.1932) Morgenausgabe

Bezugspreis: Frei Haus monatlich 2,30 RM
im voraus, im Verlag oder in den
Zweimaligen Ausgaben 2,50 RM. Durch
die Post bezogen (einmal täglich) mo-
natlich 2,10 RM auswärts 42 RM. Zustellgeld.
Einzelpreise: Verkauf-Nummer 10 Pf.,
Sonntags-, Nummer und Feiertags-
nummer 15 Pf. — Am Posthöfchen
gewohnt. Streif. — Anzeigen- und
Werbe-Verträge keine Ansprüche bei
Veränderung oder Nichterfüllung der
Bedingungen. — Abbestellungen können nur
jeweils bis zum 25. d. Mts. auf den
Monats-Vertrag ankommen werden.
Anzeigenpreise: Die Nonpareille-Zeile
6,40 RM. Stellen-, Gesuche-, Familien-
und Gelegenheits-Anzeigen aus Baden
ermäßigter Preis. — Heftname: Zeile
20 Pf. an erster Stelle 2,50 RM.
Bei Wiederholungen tarifierter Rabatt,
der bei Nichterfüllung des Zieltes, bei
gerichtlicher Verurteilung und bei Kon-
tursachen außer Kraft tritt. Geschäfts-
ort und Verlagsort in Karlsruhe.

Badische Presse

und
Neue Badische Presse Handels-Zeitung Badische Landeszeitung

Verbreitetste Zeitung Badens

Karlsruhe, Donnerstag, den 28. April 1932.

Eigentum und Verleger von
: : Ferdinand Thielen : :
Verlagsleitung verantwortlich: Rüd. Volpert
H. Rimmig: für politische Redaktionen
Dr. A. Mauer: für badische Redaktionen
L. S. Dr. O. Schenck: für kommunal-
politisch: S. Binder: für Soziale und Sport
K. Kolbener: für das Revuekolon
R. Wölke: für Sport und Konzert
Christ. Dertle: für den Handelsteil
Preisgeld: für die Anzeigen: Ludwig
Reindel: alle in Karlsruhe (Baden).
Berliner Redaktion: Dr. Kurt Metzger.
Fernsprecher: 4050, 4051, 4052, 4053, 4054.
Hauptgeschäftsstelle: Kallersruhe
Nr. 80 a. — Postcheckkonto: Karlsru-
her Nr. 8350. — Beilagen: Post und
Deimat / Literaturische Umschau / Roman-
blatt / Sportblatt / Frauen-Zeitung /
Kette und Bäder-Zeitung / Landwirtsch.
Gartenbau / Karlsruher Vereins-Zeitung.

Lardieu sagt ab.

Wieder eine verpasste Gelegenheit deutsch-französischer Verständigung. / Lardieu kommt wegen „Fehlhopfkrankheit“ nicht nach Genf.

II. Paris, 27. April. Die vielen Reden und Reisen der letzten Wochen haben den Ministerpräsidenten Lardieu so stark ermüdet, daß ihm die Verste vorläufig strengste Ruhe empfohlen haben. Lardieu ist ernstlich an einer Fehlhopfkrankheit erkrankt. Er wird weder am Donnerstag in Velfort die beabsichtigte große politische Rede halten, noch am Freitag, wie ursprünglich geplant, nach Genf reisen.
Der Ministerpräsident hat sich infolge dessen gezwungen gesehen, an den ständigen französischen Vertreter beim Völkerbund, Paul Boncour, folgendes Telegramm zu senden:
„Ich wäre Ihnen sehr zu Dank verpflichtet, wenn Sie den Herren Stimson, Macdonald, Brüning und Grandi folgende Mitteilung machen würden: Ich bin gestern von dem Wunsch meiner Kollegen erfuhr, mich am Freitag in Genf zu sehen, habe ich zugestimmt, obgleich ich bereits leidend war. Aber die starke Fehlhopfkrankheit, an der ich leide, hat inzwischen derartige Fortschritte gemacht, daß meine Ärzte mir kategorisch die beiden Nachreisen untersagen. Sie verbieten mir ebenfalls am Donnerstag in Velfort die politische Rede zu halten, die nunmehr durch einen meiner Regierungs-Kollegen vertreten werden wird. Sie verlangen von mir bis auf weiteres vollkommene Ruhe. Ich bin selbst sehr unzufrieden damit, aber ich kann nichts dagegen machen. Ich bitte Sie, meinen Kollegen mein Bedauern auszudrücken.“

Wie der „Temps“ zu der Erkrankung Lardieus ergänzend zu berichten weiß, ist die Fehlhopfkrankheit mit Fieber verbunden. Der Ministerpräsident muß das Bett hüten und sich größte Schonung aneignen. Am Dienstagabend sei die Indisposition des Ministerpräsidenten bereits deutlich gemindert, doch habe man gehofft, daß die Nachtrabe Besserung bringen werde. Leider hätten die Ärzte eine nicht unwesentliche Verschlechterung festgestellt müssen. Ein Pullein wurde heute nicht ausgegeben; doch hört man am Quai d'Orsay, daß Lardieu unter heftigen Halschmerzen zu leiden hat. Sein Zustand ist am Nachmittag nicht beunruhigend, aber auch in keiner Weise gebessert.

Mag auch Lardieu, wie gegenwärtig in Paris, alle Welt erfüllt sein und mögen auch seine vielen Reisen der letzten Zeit seinem Gesundheitszustand abträglich gewesen sein, so kann man doch kaum daran zweifeln, daß ihm diese leichte Erhaltung sehr gelegen kommt. Er ist jetzt entschlossen, vor den Wahlen nach seiner Richtung, die Entscheidungen zu treffen. Es ist also zweifellos, daß die Verlesung, die übermorgen in Genf stattfinden sollte, zu nichts geführt hätte.

Große Ueberraschung in Genf.

II. Genf, 27. April. Die heute nachmittag telephonisch eingetroffene Nachricht von der Erkrankung Lardieus und die Abgabe seiner Rückkehr nach Genf am Freitag hat allgemein große Ueberraschung hervorgerufen, da die geistige Besprechung zwischen Macdonald, Stimson und Brüning und die zahlreichen vertraulichen Verhandlungen der letzten Tage ausschließlich der Vorbereitung der Besprechung am Freitag galten, in der zum ersten Male der Versuch einer Ueberbrückung der deutsch-französischen Gegensätze mit englisch-amerikanischer Vermittlung unternommen werden sollte. In den Nachmittagsstunden wurde der deutschen Abordnung telephonisch von der französischen Abordnung das Fernbleiben Lardieus mitgeteilt. Reichskanzler Brüning hat jedoch in den Morgenstunden bereits mit einigen deutschen Herren einen Autoausflug in die Umgebung Genfs unternommen und war bis 1/2 6 Uhr nachmittags noch nicht zurückgekehrt, so daß irgendwelche Entscheidungen über die dadurch bedingte Abänderung des Verhandlungsprogramms von deutscher Seite noch nicht getroffen sind.

Im Laufe des Tages haben mehrfach eingehende Unterredungen zwischen Macdonald, Stimson und Paul Boncour stattgefunden. In internationalen Kreisen werden die Folgen des Fernbleibens Lardieus eingehend erörtert. Es besteht der Eindruck, daß damit auf französischer Seite eine Verschiebung der Besprechung bis nach den französischen Kammerwahlen bewirkt ist und daß erst nach den französischen Wahlen über die neue französische Regierung zu entscheidenden Verhandlungen über die Reparations- und Abrüstungskonferenz bereit ist. Wie verlautet, beabsichtigen jedoch Stimson und Macdonald, Ende dieser oder anfangs nächster Woche Genf zu verlassen, so daß infolgedessen die allgemein mit großer Spannung erwartete englisch-amerikanische Vermittlungskonferenz zur Lösung der deutsch-französischen Gegensätze andauernd nicht stattfinden wird.

Ueber die Unterredung zwischen Macdonald, Brüning und Stimson am Dienstag, erklärt das „Journal des Nations“, das aus französischen Kreisen laufend unterrichtet wird, Stimson und Macdonald seien übereingekommen, daß das deutsch-französische Problem nach der politischen und technischen Seite hin jetzt unter allen Umständen gelöst werden müsse, wenn man überhaupt auf der Abrüstungskonferenz zu praktischen Ergebnissen gelangen wolle. Staatssekretär Stimson hoffe, daß nach den Aufstellungen, über die er Brüning wegen des endgültigen deutschen Standpunktes in der Vorfrüherfrage gebeten habe, Wege der Annäherung und der Verständigung mit Frankreich gefunden werden können. Der Reichskanzler habe in der Unterredung eine eingehende Darstellung der deutschen Abrüstungspolitik gegeben, insbesondere die deutsche Forderung auf Gleichberechtigung, sowie der notwendigen Erhöhung der Reichswehr dargelegt. Der Reichskanzler habe insbesondere die Notwendigkeit für Deutschland betont, einen höheren Rüstungsstand zu verlangen.

Die Anderen reifen ab.

Im Auftrage von Lardieu hat heute Paul Boncour Macdonald, Stimson und Brüning besucht, um die Mitteilung von der Erkrankung des französischen Ministerpräsidenten zu machen, der vorläufig nicht nach Genf kommen könne. Der englische Ministerpräsident Macdonald reist am Samstag abend, der amerikanische Staatssekretär Stimson bereits am Freitag. Er wird sich vor seiner endgültigen Rückkehr nach den Vereinigten Staaten noch einige Tage in Cannes aufhalten. Brüning wird am Donnerstag bei einem Frühstück bei Macdonald noch einmal mit Stimson zusammentreffen, so daß sich dort die Gelegenheit für

eine Aussprache zwischen den drei Staatsmännern ergibt. Der endgültige Zeitpunkt für die Abreise Brünings ist noch nicht festgelegt, jedoch ist vorläufig die Abreise für Donnerstag abend vorgesehen.

Deutsch-angelsächsische Verständigung?

S. London, 27. April. (Eig. Drahtbericht der Badischen Presse.) Wie wir aus bester englischer Quelle hören, haben die Besprechungen Brünings, Macdonalds und Stimsons sowohl in der Abrüstungsfrage wie in der Frage der Reparationen infolge der weichen Zurückhaltung des Kanzlers zu einer weitgehenden Verständigung geführt. Dr. Brüning habe nicht, wie man befürchtet hatte, eine vollständige zahlenmäßige Angleichung der Reichswehr an die französische Armee verlangt, eine Forderung, die unmöglich durchzusetzen wäre. Deutschland strebe vielmehr eine bessere Bewaffnung an und wünsche zu diesem Zweck die Verringerung einiger Artikel des Versailler Vertrages, die dem Reich die Führung gewisser Waffen unterlagen. Ferner arbeite der Reichskanzler auf eine Herabsetzung der zwölfjährigen Dienstzeit hin, die die Reichswehr zu einem außerordentlich kostspieligen Instrument gemacht hat.

Aus der gleichen Quelle verlautet, daß der französische Widerstand gegen alle deutschen, englischen und amerikanischen Vorschläge nach wie vor außerordentlich stark sei.

An den Gesprächen Macdonalds mit dem Kanzler nahm Stimson nur als Zuhörer teil. Wie wir wiederholt betont haben, kommt es England einzig und allein darauf an, die Reparationsfrage als wirtschaftliches und politisches unruhmoment endgültig aus der Welt zu schaffen. Aus diesem Grunde will man hier jetzt nicht einmal mehr etwas von einem Memorandum hören. Auch der noch vor kurzem von halbamtlichen englischen Persönlichkeiten, wie Sir Arthur Salter, geäußerte Plan, eine kleine deutsche Annuität durch Belastung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft zu garantieren, wird nun vom britischen Schatzamt abgelehnt, und zwar aus zwei Gründen: erstens deshalb, weil man keine Art von Kontrolle über irgend ein innerdeutsches Institut ausüben will, und zweitens, weil man mit der Möglichkeit rechnet, daß die Reichsbahn-Gesellschaft eines Tages ihre Zahlungsfähigkeit erklären könnte, wenn Deutschland darauf besteht, sich der Reparationen zu entziehen.

Lardieus plötzliches Halsleiden wird hier allgemein als eine diplomatische Krankheit aufgefaßt und man meint, daß der französische Ministerpräsident keine Lust habe, noch vor dem Wahlsonntag sich in Genf dem vereinten Ansturm seiner europäischen und amerikanischen Kollegen auszuliefern.

Japanischer Vormarsch in der Nordmandschurei.

II. Mukden, 27. April. Die japanische Armee hat in der Nordmandschurei unter Einfluß von drei Brigaden einen groß angelegten Vernichtungsfeldzug gegen die chinesischen Freischärler eingeleitet, die sich gegen die neue mandchurische Regierung auflehnen. Zunächst bewegen sich die Truppen, die unter dem Oberbefehl des Generalleutnants Hirose stehen, in einer umfassenden Jangtsebewegung nach der östlichen Zone der ostchinesischen Bahn und dem unteren Sungari-Gebiet, um die dort zusammengezogenen, auf rund 20.000 Mann geschätzten Aufständischen zu bekämpfen. Als Beförderungsmittel wird der Schienenstrang und der Wasserweg benutzt.

Die erste Brigade unter dem Kommando von General Murai rückt nordwärts von Sienpo gegen Jangcheng vor. Sie wird sich später mit der unter dem Oberbefehl von Generalmajor Yoda stehenden Brigade vereinigen, die längs der ostchinesischen Eisenbahn ostwärts marschiert. Oberst Katakura befehligt die dritte Brigade, die mit 22 gepanzerten und mit je 2 Feldkanonen besetzten Flugbooten den Sungari-Fluß abwärts fährt. Diese Brigade ist außerdem von vier Kanonenbooten der mandchurischen Regierung begleitet. Die Vorwärtsbewegung geschieht äußerst vorsichtig, da die Chinesen Fluchlinien gelegt haben sollen.

Eine Niederlage de Valeras.

G. London, 27. April. Bei einer Abstimmung des irischen Parlaments in Dublin wurde die Regierung de Valera geschlagen.

Die Arbeiterpartei hat ihre erste Nachtprobe im Irischen Parlament erfolgreich abgelegt. Sie durchkreuzte die Absicht de Valeras, den ganzen Abend mit der Erörterung des Treuegesetzes auszufüllen. Bei der Abstimmung wurde die Regierung mit 74 gegen 66 Stimmen geschlagen, worauf die Opposition den Rücktritt de Valeras forderte. Dieser erklärte, gegen die Einbringung eines Mißtrauensantrages nichts einzuwenden zu wollen. Da dies nicht geschah, trat das Haus zunächst in die zweite Lesung des Gesetzes über die Abschaffung des Treuegesetzes ein.

Stegerwalds Beschaffungsprogramm.

m. Berlin, 27. April. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Während der Abwesenheit Brünings sind die Ressortbesprechungen über das seit längerer Zeit schwebende Arbeitsbeschaffungsprogramm Stegerwalds fortgeführt worden. Es ist insofern ein gewisser Abschluß erzielt, als man ungefährt weiß, wie die Arbeitsbeschaffung im wesentlichen ausfallen soll und welche Summe erforderlich ist. Man hat herausgerechnet, daß für die Finanzierung 1,2 Milliarden Goldmark flüssig gemacht werden müssen. Dafür würden zunächst 200.000 Arbeiter unmittelbar Beschäftigung finden, während weitere 400.000 Erwerbslose als Folge der staatlichen Arbeitsbeschaffung in den Produktionsprozess eingeschaltet werden könnten. Wenn man in der Hauptphase Wohlfahrtserwerbslose heranzieht, dann würden die Gemeinden nicht nur um die Beihilfe für diese 600.000 Mann, sondern auch um den Betrag der Unterstützung für die Familienangehörigen entlastet werden.

Die preußische Sphing.

Zwischen Zentrum und Nationalsozialisten.

m. Berlin, 27. April. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Die vertrauliche Fühlungnahme zwischen Zentrum und Nationalsozialisten hat noch nicht begonnen, wird aber zweifellos in den nächsten Tagen eintreten. Ihre Aussichten werden auch in den Parteien selbst ganz verschieden beurteilt. Man kann beim Zentrum wie bei den Nationalsozialisten deutlich zwei Flügel unterscheiden, die nach verschiedenen Richtungen drängen. Beim Zentrum der eine, der offenbar auch aus Süddeutschland Unterstützung bekommen hat, der alle ernsthaften Verhandlungen mit den Nationalsozialisten von vornherein für hoffnungslos erklärt, der andere, der wenigstens einen ehrlichen Versuch machen will aus der Ueberlegung heraus, daß heute das Zentrum wirklich noch die Schlüsselstellung hat und Bedingungen stellen kann, während vielleicht doch einmal späterhin die Nationalsozialisten für sich allein die Mehrheit haben könnten. Die gleiche Ueberlegung aber stellen natürlich auch die Nationalsozialisten an. Ihr bisheriger preußischer Fraktionsführer Kube hat in einer der letzten Sitzungen des Landtags erklärt, das Zentrum würde haunnen, wie realpolitisch die Nationalsozialisten nach den Wahlen denken würden. Aber es gibt auch andere Kreise innerhalb der Partei, die lieber bis zum Herbst warten möchten, ob der Nationalsozialismus vielleicht dann die Mehrheit habe.

Dazu kommt die andere Ueberlegung, ob eine Regierungsbasis in Preußen allein überhaupt denkbar ist, ob nicht entweder die Nationalsozialisten oder das Zentrum ausschlaggebendes Gewicht darauf legen müßten, dann die gleiche Gruppierung auch auf das Reich zu übertragen. Hierfür ist die Frage maßgebend, ob das Kabinett Brüning im Reich sich noch halten kann, wenn die kleineren bürgerlichen Parteien in die Opposition gehen und auch die Sozialdemokraten aus dem Verlust ihrer Wahlstellung in Preußen die Folgerung ziehen und im Reich ebenfalls dem Kabinett Brüning den Krieg erklären. Denn auch die Sozialdemokraten sind sich über ihre Taktik keineswegs einig. Herr Braun persönlich ist der Auffassung, daß keine Partei die Wunden aus der Wahlkatastrophe nur heilen könne, wenn sie eine zeitlang von aller Verantwortung frei ist. Viele seiner Ratgeber aber stellen sich darauf ein, daß die Verhandlungen zwischen Zentrum und Nationalsozialisten schließlich doch scheitern. Aus ihren Kreisen kommt der Rat, daß Herr Braun jetzt sein geschäftsführendes Kabinett umgestalten und des ausgeprochen parteipolitischen Charakters entkleiden soll, um nachher eine geeignete Kombination präsentieren zu können, falls etwa, wenn alle Kombinationen sich als unmöglich herausgestellt haben das Reich doch den Weg einer Art Zwangsverwaltung für Preußen gehen muß. Dabei dürfte aber heute schon feststehen, daß dann der

Versuch gemacht wird, durch Zusammenstellung einer Regierung von tüchtigen Verwaltungsbeamten der preußischen Politik jeden parteipolitischen Anstrich zu nehmen und sie rein auf die Verwaltungsaufgaben zu beschränken. Diese kurze Ueberleitung zeigt schon, wie stark die Meinungen auseinandergehen, und daß es in der Tat unmöglich ist, über den Gang der Verhandlungen irgend etwas vorauszusagen. Sicher ist nur, daß sie sich schwer gestalten und vermutlich mehrere Wochen vergehen werden, bis sich die Waagschale nach der einen oder anderen Seite lenkt.

Severing für Regierungsbeteiligung der Nationalsozialisten.

II. Berlin, 27. April. In einem Interview mit dem Vertreter einer ausländischen Nachrichtenagentur erklärte der preußische Innenminister Severing, daß ohne Frage durch den Ausfall der Wahlen die Aussichten einer Regierungsbeteiligung der Nationalsozialisten in Preußen und im Reich erhöht worden seien. „Zum mindesten“, so sagte Severing, „trifft das für Preußen zu, da sowohl in der Sozialdemokratie wie im Zentrum die Neigung stark gemindert ist, nunmehr auch die Nationalsozialisten an der Verantwortung zu beteiligen, die bisher diese Parteien allein getragen haben. Aber eine Regierungsbeteiligung der N.S.D.A.P. in Preußen und im Reich kann natürlich nur als eine Beteiligung an der Regierung in Frage kommen, d. h. im Verein mit anderen Parteien, die eine Gewähr dafür bieten, daß die Grundgesetze der Verfassung nicht verletzt werden.“

Reichsbankdiskont 5 v. H.

Die Reichsbank hat mit Wirkung vom 28. April den Reichsbankdiskont um 1/2 v. H. auf 5 v. H. und den Lombardfuß um 1/2 v. H. auf 6 v. H. ermäßigt.

Die Begründung zur Diskontsenkung besagt: Die Reichsbank hat sich trotz der sich aus der Devisenlage ergebenden Hemmnisse zu dieser Zinssenkung entschlossen, um der Wirtschaft von der Zinssenkung her, die nach der Gesamtlage vertretbaren Antriebsmöglichkeiten zu verschaffen. Der Reichsbank wurde ihr Entschluß durch die flüssige Gestaltung des Geldmarktes, durch die fortschreitende Entlastung ihres Status und durch seit der letzten deutschen Discontsenkung eingetretene weitere ausländische Discontsenkungen erleichtert.

(Näheres im Handelsteil dieser Ausgabe.)

Deutsch-italienische Zusammenarbeit.

er. Rom, 27. April. (Eigener Dienst der Badischen Presse.) In Kreisen der italienischen Delegation ist man über das politische und sympathische Zusammenarbeiten mit Deutschland, das auch diesmal in Genf sichtbare Früchte getragen hat, angenehm berührt.

3617 Bewerber um 615 Kammerstühle.

B. Paris, 27. April. (Eig. Drahtbericht der Badischen Presse.) Für die 615 Deputiertenmandate die bei den Wahlen am 1. und 8. Mai zu vergeben sind, haben sich nicht weniger als 3617 Kandidaten gemeldet.

Die deutsche Himalaja-Expedition abgereist.

M. München, 27. April. Die deutsche Himalaja-Expedition ist am Dienstagabend nach Genoa abgereist. Es waren sieben Mitglieder unter Führung von Ingenieur Merkl, unter ihnen der Amerikaner Herron und die „Jedmutter“ mit Knowlton.

Schweres Flugzeugunglück in Brasilien.

M. Rio de Janeiro, 27. April. Auf dem Flugplatz in Bahia ereignete sich ein schweres Flugzeugunglück. Ein Flugzeug, das von einem Inspektionsflug zurückkehrte, stürzte bei der Landung ab und wurde völlig zerstört.

Strafbescheid gegen Kreuger-Direktoren.

M. Stockholm, 27. April. Gegen die drei von der schwedischen Kriminalpolizei festgenommenen Direktoren im Kreuger-Konzern, wegen des Verfalls der Aktien, wird Donnerstag Strafbefehl erlassen werden.

Selbstmord am Totenbett des Chemannes.

M. Mülhausen i. E., 27. April. Im Krankenhaus von Mülhausen spielte sich eine bedauerliche Tragödie ab. Der Stadtrat und zweite Bürgermeister von Mülhausen, Stehlin, war nach einer schweren Nierenoperation gestorben.

Die Delbahrungen in Thüringen.

M. Berlin, 27. April. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Der Wintershallkonzern, die preussische Bergwerksgesellschaft und die Gewerkschaft Ewerath sind jetzt an eine großartige Auffschließung des preussisch-thüringischen Erdölgebietes herangegangen.

Wirbelschmerz tötet vier Personen.

M. New York, 27. April. In der Nähe von Nashville (Georgia) wurden durch einen überaus heftigen Wirbelschmerz vier Personen getötet und 10 schwer verletzt.

+ Basel, 26. April. Bei Teufenthal im Kanton Argau fiel das dreijährige Söhnchen des Wirtes Pfänder beim Spielen von Schießpulver in die Wina.

+ Basel, 26. April. Bei Teufenthal im Kanton Argau fiel das dreijährige Söhnchen des Wirtes Pfänder beim Spielen von Schießpulver in die Wina.

Der Frauen-Spiegel.

Die neue Ausstellung der Mannheimer Kunsthalle.

In Gegenwart von Mannheims Oberbürgermeister Dr. Heimrich, von Bürgermeister Böttger, Intendant Malch usw. hat Mannheims Stadt Kunsthalle aus Anlaß des 25jährigen Bestehens des hiesigen, gegenwärtig wirkenden Vereins „Mannheimer Mutter- und Kinderspiegel“ eine originelle neue Schau eröffnet.

Bei den „Frauen im Beruf“, die hier in Abbild wie Karikatur an uns vorüberziehen, sind u. a. die Frauen der Bühne charakteristisch durch Pechstein, Henri Mattiä, C. Fetzlmüller und Karl Hubbuch, lehrter mit einer amüsanten Zeitsatire einer Filmschauspielerin, die 2 1/2 Minuten in tiefer Nüchternheit im Garten ihres Geburtshauses verbringt.

Die proletarische Frau, die Frau in Not spricht erschütternd zu uns aus den Blättern von Käthe Kellwiler, Fritz Johnhofer, Wilh. Schulz und Hanna Fischer-Magel. Stärker Kontrast hierzu „Die Welt der Dame“, wie sie Emil Drilk, Georg Groh in einer ausgezeichneten Karikatur „Der Spaziergang“, Jeanne Mammen und Karl Arnold spielen, wozu noch E. Käner kommen soll.

Hindenburg wird Ehrenbürger von Nürnberg

Mürnberg, 27. April. Der Stadtrat von Nürnberg hat am Mittwoch in einer Geheim Sitzung beschlossen, dem Reichspräsidenten von Hindenburg das Ehrenbürgerrecht zu verleihen und die am Gefallen-Denkmal am Luitpoldplatz vorüberführende Schulstraße „Hindenburg-Allee“ zu benennen.

Die Sklareks als Sonntagsjäger.

S. Berlin, 27. April. Der Sklarek-Projekt nähert sich seinem Ende. Es sind nunmehr noch 29 Personen als Zeugen zu vernehmen. Dann kann die Beweisaufnahme geschlossen werden und die Klädinger der Staatsanwälte können folgen.

Am Mittwoch wurde der frühere Sklarek-Förderer in Waren, E. Bener, vernommen, der betonte, daß die Sklareks nichts

Gläuberschreibungen im Auslandsdienst

Der Haushaltsauschuß des Reichstags übt Kritik.

Berlin, 27. April. Im Haushaltsauschuß des Reichstags wurde am Mittwoch mittig zunächst mit der Stimme aller Parteien gegen die der Kommunisten ein Antrag angenommen, der die Sanierung der Obersteleischen Hüttenwerke bezweckt.

Der Ausschuß nahm dann den Bericht eines Untersuchungs-ausschusses über die Haushaltsrechnung 1930 entgegen. Der Berichterstatter hob hervor, daß weite Teile der Reichsverwaltung seinen Antrag zur Kritik gehabt hätten.

Der Ausschuß nahm dann den Bericht eines Untersuchungs-ausschusses über die Haushaltsrechnung 1930 entgegen. Der Berichterstatter hob hervor, daß weite Teile der Reichsverwaltung seinen Antrag zur Kritik gehabt hätten.

Der beteiligte Gesandte sei gestorben und der andere Beamte sei aus dem Reichsdienst ausgeschieden.

Der Ausschuß kam zu dem Schluß, daß es sich bei diesen nicht-genehmigten überplanmäßigen Ausgaben nicht um Vorgänge handele, die ihren geschilderten Sinn in der persönlichen Bereicherung einzelner Beamter oder in der materiellen Benachteiligung des Reiches hätten, sondern vielmehr um Ausgaben, die mit größt möglicher Hand und aus Eigenmächtigkeit der Exekutive heraus gemacht worden seien.

von der Jagd verstanden hätten. Aber auch Stadtbaurat direktor Schmidt sei kein waldgerechter Jäger gewesen.

Als dann der frühere Berliner Bürgermeister Scholz aufgerufen wird, bittet ein Sklarek-Verteidiger das Gericht, Leo Sklarek das Verlassen des Verhandlungsraumes zu gestatten, weil er sich in seinen Ideen gegen Bürgermeister Scholz verrannt habe und deshalb außerordentlich erregt sei.

Wegen Kapitalfluchtverdachts verhaftet.

M. Gladbach-Abendt, 27. April. Nach einer Mitteilung der Süddeutschen Presse ist der Fabrikant Colmann heute morgen unter dem dringenden Verdacht der Kapitalflucht verhaftet worden.

Amtes erfolgt und es werde eine neue Haushaltsgebahrung durchgeführt und durchgeführt. Im übrigen hätte die gründliche jahrelange Nachprüfung erzieherisch und beamtenrechtlich ständend gewirkt.

Erheblicher Fehlbeitrag in der Invalidenversicherung.

Der Unterausschuß des Reichstagsausschusses für sozialpolitische Angelegenheiten hat sich am Mittwoch über die Lage der Invalidenversicherung ausgesprochen.

Auch in Ministerien kann unterschlagen werden

Stuttgart, 27. April. In den Jahren 1924/26 waren bei der Ministerialabteilung für Straßen- und Wasserbau in Stuttgart schwere Verfehlungen vorgekommen.

Tages-Anzeiger.

(Näheres siehe im Inseratenteil.)

- Volksbühne: Ballerina - Die Piccolomini - Ballerinas Tod. 19.30 - 23.30 Uhr.
Königsplatz: Freizeitsportklub der Deutschen Turnerschaft.
Königsplatz: Freizeitsportklub der Deutschen Turnerschaft.
Königsplatz: Freizeitsportklub der Deutschen Turnerschaft.

nähe noch von Jeanne Mommens Dirnen-Aquarellen, wie beim „Kaisermarsch“ übertrifft werden.

Karlsruher Konzerte:

Ellen-Mey-Trio

Die guten Eindrücke, die der erste Kammermusikabend des neugegründeten Ellen-Mey-Trios auslöste, wurden im zweiten Abend bestätigt und vertieft.

Das Programm hat die ein Jugendwerk von Johannes Brahms, das H-Dur-Trio opus 8, das nach dreißig Jahren eine Ueberarbeitung erfuhr und sich in dieser neuen Fassung im Konzertsaal durchsetzte.

Furtwängler mit den Berliner Philharmonikern in Paris.

Es ist nun schon zu einer ständigen Einrichtung des Pariser Kunstlebens geworden, daß Furtwängler alljährlich mit den Berliner Philharmonikern in der großen Oper, die bis zum Dache hinauf voll besetzt ist, unter größtem Beifall zwei Konzerte gibt.

auf die Holzbläser stützt, eine Instrumentalkunst, die in Frankreich ihre höchste Vollendung erreicht hat.

Kleine Nachrichten aus Kunst und Wissenschaft

Das Vörscher Heimatmuseum hat die ihm zu klein gewordenen Räume im ehemaligen Markgräfer Hof nun mit einem eigenen und größeren Heim auf dem Kalernenplatz verkauft.

350 Jahre Universität Würzburg. Die Julius Maximilians-Universität in Würzburg bildet in diesem Jahre auf 3 1/2 Jahrhunderte ihres Bestehens zurück. Der geniale, durch ein Leben voll schöpferischer Tatkraft berühmte, geordnete Fürstbischof Julius Echter von Meißelbrunn hat mitten im Kampf um Kirche und Weltlichkeit im Jahre 1527 die Würzburger Universität neu gegründet.

